

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Otto Fricke, Ulrich Heinrich, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Dr. Dieter Thomae, Jürgen Türk, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Erfahrungen mit der Abschaffung der Vorlage eines Gesundheitszeugnisses von den Prostituierten

Mit der Neuordnung des aus den 50er und 60er Jahren stammenden Seuchenrechts durch das Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG), das am 1. Januar 2001 bzw. 26. Juli 2000 in Kraft getreten ist, wurde die bis dahin bestehende Verpflichtung der Prostituierten zur Gesundheitsüberprüfung in regelmäßigen Abständen abgeschafft.

Seitdem erfolgt eine Überprüfung nur auf freiwilliger Basis. In den letzten Jahren hat die Anzahl der Anzeigen in Boulevardzeitungen, mit denen als besondere Attraktion „Dienst ohne Schutz“ angeboten wird, nach Einschätzung von internen Verbänden von Prostituierten zugenommen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Gibt es statistische Erhebungen über die Anzahl der freiwilligen Gesundheitsuntersuchungen von Prostituierten seit 2001?
2. Wenn ja, wie sehen die Entwicklungen in den verschiedenen Bundesländern aus?
Wie regelmäßig sind die Erhebungen?
3. Wie bewertet die Bundesregierung die gesundheitliche Situation bei den Prostituierten in Deutschland?
4. Welche Krankheiten gibt es am häufigsten, und hat es Veränderungen gegenüber den 90er Jahren gegeben?
5. Welche Kontrolle gibt es zur Feststellung von ansteckenden Krankheiten?
Wie wird in den Ländern vorgegangen?
6. Wie beurteilt die Bundesregierung die Anzeigen in vielen Boulevardzeitungen, in denen mit ungeschütztem Verkehr geworben wird?

7. Teilt die Bundesregierung die Auffassung mancher Verbände, dass mit der Wiedereinführung der verpflichtenden Gesundheitsuntersuchung die Stellung der Prostituierten gegenüber Auftraggebern gestärkt werden könnte?

Wäre damit eine größere Schutzwirkung gegenüber den Frauen verbunden?

Berlin, den 15. Juni 2005

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Daniel Bahr (Münster)

Rainer Brüderle

Ernst Burgbacher

Jörg van Essen

Otto Fricke

Ulrich Heinrich

Hellmut Königshaus

Dr. Heinrich L. Kolb

Gudrun Kopp

Sibylle Laurischk

Harald Leibrecht

Ina Lenke

Dirk Niebel

Günther Friedrich Nolting

Detlef Parr

Cornelia Pieper

Gisela Piltz

Dr. Max Stadler

Dr. Rainer Stinner

Dr. Dieter Thomae

Jürgen Türk

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion